



# WOCHENRÜCKBLICK



3000 Euro Inflationsprämie für  
Minister

**Minister  
wollen sich  
die Taschen  
noch voller  
machen!**

AfD

Stephan Brandner

## **Minister wollen sich die Taschen noch voller machen! (13.06.2023)**

Die Bundesregierung plant, das Ministergesetz dahingehend zu ändern, dass auch die Mitglieder der Bundesregierung einen Inflationsausgleich von 3000 Euro netto erhalten.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, beurteilt das Vorhaben als Schlag in die Gesichter der Bürger.

„Die Minister wollen sich ein weiteres Mal die Taschen auf Kosten der redlich steuerzahlenden Bürger voll machen: Während viele Bürger vom Inflationsausgleich maximal träumen können, wollen Minister, die für die Inflation verantwortlich sind und Monatseinkommen von teils über 20.000 Euro haben, sogar das Gesetz anpassen, um zu profitieren. Das ist mehr als schäbig: der Staat ist mittlerweile vollumfänglich Beute der Altparteien. Wer eh schon ein monatliches Einkommen im deutlich 5-stelligen Bereich hat, ist wahrlich nicht darauf angewiesen, einen Inflationsausgleich zu erhalten: im Gegenteil. Diejenigen, die für die katastrophalen Zustände in Deutschland verantwortlich sind, die dafür gesorgt haben, dass die Kassen leer sind und die Inflation das Einkommen der Bürger auffrisst, sollten auf Teile ihres Einkommens verzichten und nicht noch mehr verlangen.“



STEPHAN  
BRANDNER

# Aktuelle Videos

## HITZE-LOCKDOWN?

5 Fragen - 5 Antworten

Folge 222



## Ekelbilder auf Lebensmittel

(Gute Fragen - Schlechte Antworten)

## Die Bundesregierung zeichnet sich aus durch Inkompetenz!

(Pressekonferenz in Berlin)



# Aktuelle Videos

**Die Grünen:  
Das ist wie Mafia ohne Tote!**  
(Rede im Bundestag)



**Völlig schamlos:  
3000 Euro Prämie für Minister**  
(Gute Fragen - Schlechte Antworten)

**Nie wieder Sozialismus!**  
17. Juni 2023 Gera



# Aktueller Podcast



**NIE WIEDER: NIE WIEDER  
SOZIALISMUS!**  
**BRAND(NER) AKTUELL**

Folge 12

Oder auch hier:

**Apple:**

<https://podcasts.apple.com/us/podcast/mi%C3%9Ftrauensvotum-gegen-scholz-habeck-und-co-brand-ner/id1680346167?i=1000614740744>

**Google:**

<https://podcasts.google.com/feed/aHR0cHM6Ly9hbWNoY3luZm0vcy9kZGZhNTgyNC9wb2RjYXNOL3Jzcw>

**Amazon Music:**

<https://music.amazon.com/podcasts/8c238535-9297-456d-be54-df7237c2c58e/brandner-aktuell-der-sonntagspodcast-mit-dem-afdbundestagsabgeordneten-stephan-brandner>

**Spotify:**

<https://open.spotify.com/episode/2uJ0jM0ZNBAY5GiHANISV>



**STEPHAN  
BRANDNER**

**4**

# Brandner fragt nach



## Asylentscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Thüringen

Kleine Anfrage: Drs. 20/4521

<https://www.brandner-im-bundestag.de/anfragen/kleine-anfrage-12-dezember-2022-204521.html>

## Verkürzung der Ersatzfreiheitsstrafe

Mündliche Anfrage vom 14.12.2022

<https://www.brandner-im-bundestag.de/anfragen/muendliche-frage-nr-2-dezember-2022.html>



# Brandners Bericht aus Berlin

Mittwoch, 14. Juni 2023

## AfD-Initiativen zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR

Der Bundestag hat mehrere parlamentarische Initiativen der AfD-Fraktion zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR abgelehnt. Die Anträge mit den Titeln „Standortentscheidung für ein Denkmal zur Ehre des demokratischen Widerstandes und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland“, „Den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR als Nationalen Gedenktag würdig begehen“ und „Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen umgehend in Angriff nehmen“ wies das Parlament mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen zurück.

In einem Gesetzentwurf spricht sich die AfD-Fraktion für eine Erhöhung der besonderen Zuwendung für Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR aus. Die Fraktion schlägt vor, die monatlichen Zuwendung von aktuell 330 Euro um 52,14 Euro auf 382,14 Euro zu erhöhen. Die bisherige Zuwendung sei „in Anbetracht des erlittenen Unrechts und der gegenwärtigen Preissteigerungen für Energie- und Lebenshaltungskosten verschwindend gering“, hieß es zur Begründung.

Erstmals beriet der Bundestag außerdem einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Wissenschaftliche Untersuchung der Parteizugehörigkeit und Funktionärstätigkeit späterer Bundestagsabgeordneter in der SED-Diktatur“. In dem Antrag fordert die Fraktion den Bundestag auf, eine Historikerkommission zu bilden und sie mit einer Untersuchung zu beauftragen, die die „etwaigen personellen und strukturellen Kontinuitäten zwischen Staat und Verwaltung des SED-Regimes und den mit der SED verbundenen Blockparteien und Massenorganisationen einerseits und dem Deutschen Bundestag, seinen Abgeordneten und seinen Verwaltungsmitarbeitern andererseits untersucht und dokumentiert“. Die Kommission soll dabei auch der Frage nachgehen, wie viele ehemalige Vertreter von Staat und Verwaltung der DDR Abgeordnete oder Verwaltungsmitarbeiter des Bundestages waren oder sind. Die Kommission solle zudem herausstellen, ob es bei diesen Personen „eine Tendenz gab oder gibt“, ihren Dienst in der DDR zu verheimlichen, und ob sie das politische Klima seit der Wende und Wiedervereinigung beeinflusst haben. Die Untersuchung soll nach dem Willen der Fraktion für zwei Jahre aus dem Bundeshaushalt finanziert und anschließend veröffentlicht werden.

Donnerstag, 15. Juni 2023

## AfD fordert: Linksextremismus effektiver bekämpfen

Die AfD-Fraktion konstatiert eine Verschärfung der Sicherheitslage in Deutschland „durch den gewaltbereiten und gewalttätigen Linksextremismus“. Dem müsse mit zusätzlichen Maßnahmen des Rechtsstaates entgegengetreten werden. Die Intensivierung eines personenbezogenen Bekämpfungsansatzes in diesem Extremismusbereich sei unerlässlich, heißt es darin. Zu Beginn der Debatte ging Martin Hess auf die von „hoher Kriminalität“ geprägten Angriffe der „Hammerbande und Lina E.“ auf politische Gegner und die damit zusammenhängenden gewalttätigen Ausschreitungen in Leipzig ein. Dies zeige klar und deutlich, dass das Gewaltpotenzial und das Radikalisierungsniveau des Linksextremismus in Deutschland „immer weiter zunimmt und ein nicht mehr hinnehmbares Ausmaß erreicht hat“. Dagegen müsse mit allen Mitteln des Rechtsstaates vorgegangen werden, forderte Hess. Die AfD, so der Abgeordnete weiter, habe vor solchen Entwicklungen immer gewarnt und entsprechende Anträge gestellt. Die Verweigerungshaltung der anderen Fraktionen aber habe die linksextremistischen Gewaltausbrüche erst möglich gemacht. Vertreter von Linken, Grünen und der SPD verharmlosten und relativierten ständig linksextreme Gewalt. „Das ist ein untragbarer Zustand“, sagte Hess.



STEPHAN  
BRANDNER

# Brandners Bericht aus Berlin

## Untersuchungsausschuss zu familiären Verstrickungen in der Bundesregierung

Die AfD-Fraktion fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „zu familiären und persönlichen Verstrickungen in der Bundesregierung und Verbindungen der bundesdeutschen Exekutive finanzieller, persönlicher, politischer und wirtschaftlicher Art zu internationalen Organisationen“. Das 16-köpfige Gremium soll nach den Vorstellungen der AfD-Fraktion zum einen untersuchen, inwiefern und in welchem Umfang Personal ohne Stellenausschreibungen besetzt wurde und welche persönlichen Verbindungen zwischen den Mitgliedern der Bundesregierung, den Staatssekretären und Parlamentarischen Staatssekretären sowie den Mitarbeitern der Ministerien vorliegen. Dabei solle aufgeklärt werden, ob und gegebenenfalls in welchen Einzelfällen und in welchem Ausmaß „gegen die Vorgaben des Grundsatzes der Bestenauslese“ nach Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzes und weiterer rechtlicher Regelungen sowie gegen den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Ernennung oder Einstellung von Staatssekretären und anderen Mitarbeitern verstoßen wurde.

Als zweiten Untersuchungsgegenstand will die Fraktion geklärt wissen, „inwiefern Kontakte in Organisationen außerhalb der Bundesregierung die Arbeit dieser auf der Grundlage personeller Verflechtungen beeinflussen“. Dabei solle vor allem darauf eingegangen werden, welche familiären und sonstigen Beziehungen vorliegen, welche Finanzflüsse existieren und inwiefern „Lobbyistengruppierungen wie sogenannte Denkfabriken“ die Arbeit der Bundesregierung beeinflussen.

Drittens solle untersucht werden, welche internationalen Kontakte die Arbeit der Bundesregierung, vor allem des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, beeinflussen.

Stephan Brandner sagte in seiner Rede dazu: „Die Koalitionäre der Ampel, vor allem die Grünen, haben, seitdem sie an der Macht sind hier in Deutschland, nicht nur den Weg in Richtung einer grünen Diktatur eingeschlagen; sie haben auch hemmungslos sich den Staat zur Beute gemacht und den Marsch durch die Institutionen auf perverse Art und Weise und auf schlimmste Art und Weise beendet.“

Freitag, 16. Juni 2023

## Bundestag beschließt ein staatliches Tierhaltungslabel für Schweinefleisch

Der Bundestag hat gegen die Stimmen der AfD ein verbindliches Sigel für unverarbeitetes Schweinefleisch beschlossen, so dass der Verbraucher an der Ladentheke feststellen kann, wie das Tier gehalten wurde. Das Fleisch soll mit den fünf Haltungsstufen Stall, Stall und Platz, Frischluftstall, Auslauf/Weide und Bio ausgewiesen werden.

Die AfD-Fraktion fordert in einem Antrag eine Herkunftskennzeichnung für „Lebensmittel in Fertigpackungen“. Mit dem geplanten Label sollen Verbraucher im Supermarkt sofort erkennen, woher das Fleisch stammt und wie die Tiere gehalten wurden. Eine verbindliche Herkunftskennzeichnung aller Lebensmittel dient nicht nur der besseren Verbraucherinformation und -sicherheit, sondern schafft auch einen Mehrwert für die heimische Landwirtschaft. Deutsche Bauern befinden sich in einem harten Verdrängungswettbewerb mit billigen anonymen Importlebensmitteln, weil es sich bei den von ihnen produzierten Agrargütern in der Regel um austauschbare, homogene Rohstoffe handelt und sich die Erzeugerpreise an den niedrigen Weltmarktpreisen orientieren. Eine transparente Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln würde es ihnen erlauben, das Preisniveau über das nun sichtbare Qualitätskriterium „Herkunft“ positiv zu beeinflussen und sich damit unabhängiger von den volatilen und niedrigen Weltmarktpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu machen.



STEPHAN  
BRANDNER

## Grünen Enteignungswahnsinn sofort stoppen!

Bundeswirtschaftsminister **Habecks** (Grüne) **Heizungspläne** sind in aller Munde. Während der Minister selbst in **Filz** und **Vetternwirtschaft** versinkt, plagt die Bürger die Angst vor seinen grünen **Enteignungsphantasien**. Zukünftig sollen nur noch Heizungen mit „mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energie“ eingebaut werden dürfen. Später soll ein vollständiges **Verbot** für alle Öl- und Gasheizungen gelten! Nicht nur die hohen **Kosten** stellen eine immense Bedrohung für unser Eigentum dar, auch die schiere **Umsetzbarkeit** ist fragwürdig. Die Nachrüstung einer Luft/Wasser-Wärmepumpe kostet für ein Einfamilienhaus **über 50.000 Euro**. Gleichzeitig bringen Wärmepumpen die Stromnetze, insbesondere nach der ideologiegetriebenen **Abschaltung** der Kernkraftwerke, an ihre Grenzen. Wir alle fragen uns: sollen wir in Zukunft ganz ohne Heizung auskommen? Gleichzeitig sollen, geht es nach dem Willen der **EU**, alle Gebäude in Europa, die nach Ansicht der EU zu schlecht gedämmt seien, **saniert** werden. Bis 2030 haben Häuser die Energieeffizienzklasse E zu erfüllen, bis 2033 die Klasse D. Schnell entstehen so Gesamtkosten im 6-stelligen Bereich. Wer soll das bezahlen können?

Für Sie bedeutet das: Ist Ihr Haus nicht auf dem allerneuesten Stand werden **Kosten** in enormer Höhe auf Sie zukommen. Die Regelungen kommen einer zwangsweisen **Enteignung** gleich. Ihr Traum vom Lebensabend im eigenen Häuschen ist in **akuter Gefahr!** Wer den Heizungswahnsinn nicht mitträgt, dem drohen massive Strafen! Gegen diese Pläne begehrt nur die **AfD** auf. Die einzige Chance, den grünen Irrsinn zu stoppen, ist bei den nächsten Wahlen das Kreuz an der richtigen Stelle, bei der AfD, zu setzen. Wir müssen dem Klimawahn entschieden und deutlich entgegen treten.

Für mich steht fest: Sich ein eigenes Haus leisten zu können, war früher nahezu selbstverständlich, heute ist es ein **Luxus**, der durch die wahnsinnigen Vorgaben der Bundesregierung und der EU für die meisten Menschen ein Traum bleiben wird! Als AfD wollen wir, dass jeder die **Heizung** nutzt, die für ihn am wirtschaftlichsten ist und die Entscheidung über die **Sanierung** seines Hauses dann trifft, wenn er es für richtig hält. Es obliegt nicht dem **Staat** zu entscheiden, ob und wie wir unsere Häuser renovieren.

Wir und nur wir stehen für **Freiheit statt Verbote** und dafür, dass der Traum vom eigenen Haus kein Traum bleiben muss.

### Ihr Stephan Brandner

- ✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
- 📘 stBrandner
- 📺 stephanbrandnermdb
- 🐦 stBrandner
- 🗨️ StephanBrandnerMdB
- 📷 stephanbrandner
- 🎵 brandner\_afd

Wahlkreisbüro Gera - Rudolf-Diener-Straße 21 - 07545 Gera  
Telefon: 0365 - 20 42 41 30 - Geöffnet: Di.bis Do 10:00 bis 17:00 Uhr

Unterstützen Sie unsere Aufklärungsarbeit mit Ihrer Spende:  
Kreisverband Gera - Jena - SHK,  
IBAN DE42 8305 3030 0018 0346 75 BIC HELADEF1JEN  
Verwendungszweck: Stephan Brandner



Ihr direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis Gera – Greiz – Altenburger Land



STEPHAN  
BRANDNER

8

# Kommende Termine

## Sprechstunde



**Juni**  
**28**

**Wahlkreisbüro  
Gera**

Anmeldung und Informationen  
unter [kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de)



**STEPHAN BRANDNER**



Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Gera - Greiz und das Altenburger Land

## Der Deutsche Bundestag zu Gast in Gößnitz

**21.8. bis 25.8.2023**  
**Stadthalle Gößnitz**



## WAHLKAMPF- VERANSTALTUNG

mit den Kandidaten Ludwig Mechler,  
Wolfgang von Eyb, Andre Lihl und dem  
stellv. Bundessprecher Stephan Brandner



**Stephan Brandner,**  
stellv. Bundesvorsitzender

**19. August 2023 13:00 bis 16:00 Uhr**  
**Unterer Markt Würzburg**



**Entdecken Sie Berlin!**

# **EINLADUNG IN DAS POLITISCHE BERLIN**

**14.8.-16.8.2023**

**ANMELDUNG UND ALLE INFORMATIONEN  
UNTER HG@BRANDNER-IM-BUNDESTAG.DE**



**10**

# #BRANDNERUNTERWEGS



15.06.2023  
Spät-/  
Nachtschicht als  
Parlamentarischer  
Geschäftsführer



16.06.2023  
Würdige  
Gedenkveranstaltung  
mit Kranz-  
niederlegung  
anlässlich des  
17. Juni

16.06.2023  
Kein Altparteien-  
vertreter  
erschien, obwohl  
alle eingeladen  
waren!



17.06.2023  
Kundgebung  
anlässlich des 70.  
Jahrestages der  
blutigen  
Niederschlagung  
des  
Volksaufstandes.



Fotos von Holger Wagner

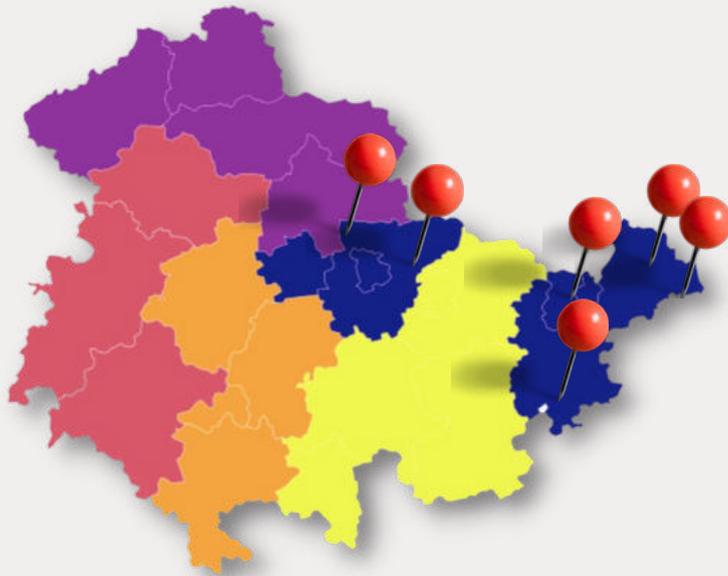


# Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera  
Rudolf-Diener-Straße 21  
07545 Gera  
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30  
Fax: 03 65 - 22 69 12 50  
E-Post: kontakt@  
brandner-im-bundestag.de  
Geöffnet: Di bis Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Göbnitz  
Zwickauer Straße 11  
04639 Göbnitz  
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
E-Post: goessnitz@  
brandner-im-bundestag.de  
Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg  
Kesselgasse 25  
04600 Altenburg  
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
E-Post: altenburg@  
brandner-im-bundestag.de  
Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda  
Schleizer Straße 8  
07937 Zeulenroda-Triebes  
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02  
E-Post: zeulenroda@  
brandner-im-bundestag.de  
Geöffnet: Mo und Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda  
Weißenseer Straße 8  
99610 Sömmerda  
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888  
E-Post: soemmerda@  
brandner-im-bundestag.de  
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda  
Ritterstraße 4  
99510 Apolda  
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468  
E-Post: apolda@  
brandner-im-bundestag.de  
Geöffnet: Fr: 10-14 Uhr

## Besuchen Sie mich auch im Netz

-  [www.facebook.com/stBrandner](http://www.facebook.com/stBrandner)
-  [www.twitter.com/stbrandner](http://www.twitter.com/stbrandner)
-  [www.instagram.com/stephanbrandner](http://www.instagram.com/stephanbrandner)
-  [www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb](http://www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb)
-  [t.me/StephanBrandnerMdB](https://t.me/StephanBrandnerMdB)
-  [www.tiktok.com/@brandner\\_afd](http://www.tiktok.com/@brandner_afd)

## Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch

### Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK  
Sparkasse Jena Saale-Holzland  
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75  
BIC: HELADEF1JEN  
Verwendungszweck: Stephan Brandner

Sie haben Fragen an mich?

Schnell über [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) stellen und auch andere davon profitieren lassen!

[www.stephan-brandner.de](http://www.stephan-brandner.de)



Stephan Brandner  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin



STEPHAN BRANDNER

12